

## **Kiesabbau im Kreis - wichtiger Rohstoff und Belastung zugleich**

Die zweite Veranstaltung der SPD-Kreistagsfraktion im Dialog befasste sich mit „Kiesvorkommen im Kreis – wieviel Abbau geht noch?“.

Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Frank Nägele machte deutlich, dass die Wirtschaft auf Kies als Rohstoff angewiesen ist. Betriebe wie Bögl, die Fundamente für Windkraftanlagen produziert, würden sich sonst nicht im Kreisgebiet ansiedeln. Die rechtlichen Grundlagen sowie die Kiesplanung im Kreis mit den erschöpften und aktuellen Abbaugebieten stellte Michael Wittl, Leiter des zuständigen Fachdienstes, vor.

Die Erstellung dieser Übersicht geht übrigens auf einen SPD-Antrag im Bau- und Umweltausschuss zurück.

Dass Kiesabbau für die Natur einen irreversiblen Eingriff bedeutet, machte Dr. Ina Walenda als Landesgeschäftsführerin der NaturFreunde deutlich. Oftmals gäbe es nur Folgenutzungen wie Deponien, Recyclinghöfe, Kalksandsteinwerke und keine Renaturierungen.

Für die betroffenen BürgerInnen bedeutet Kiesabbau enorme Belastungen durch Lärm, Staub und Gestank sowie eine Verminderung der Lebensqualität und eine Wertminderung ihrer Grundstücke, stellte Timo Kraft von der BI Brekendorf anschaulich dar.

Dr. Guntram Lauenstein, Geschäftsführer der Peter Glindemann Kieswerke, Erdbau, Abbruchtechnik, schilderte die Möglichkeiten der Verwendung von Recycling-Materialien. Bei der Aufbereitung von Bauschutt und Erden ist sein Betrieb seit langem Vorreiter, so u.a. mit einer eigenen Bauschutt-Recyclinganlage. Allerdings seien die Möglichkeiten mit rund 20 Prozent Kiesersatzstoffen fast ausgeschöpft, mehr sei weder vom Aufkommen aus Abbruch noch technisch möglich. Eher würden neue Vorschriften und Auflagen einen Einsatz verhindern.

In der Diskussion wurden nochmals die Ängste der BürgerInnen vor einem Kiesabbau deutlich, eine frühzeitige Einbeziehung in die Planungen wurde gefordert.

Fraktionsvorsitzender Dr. Kai Dolgner betonte die Notwendigkeit des Kiesabbaus für die Wirtschaft, zeigte aber Verständnis dafür, dass die Gemeinden benachteiligt seien. „Wer den Nachteil hat, soll auch den Vorteil haben“ forderte er. Ein Ausgleich, auch finanziell, müsse erfolgen, die Eingriffe regional ausgeglichen werden.

Die SPD-Kreistagsfraktion wird als Konsequenz des Dialogs einen Antrag stellen, der über den Kreis eine frühzeitige Information und Einbeziehung aller Ämter und Gemeinden, die möglicherweise durch die Landesplanung vom Kiesabbau betroffenen sind, sichern soll. Auch sollen Möglichkeiten eines geeigneten finanziellen Ausgleichs für die betroffenen Gemeinden erörtert werden.

Wer sich genauer über die Kiesplanung im Kreis oder die anderen Referate informieren will, findet dies auf der Homepage der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde

<http://www.spd-net-sh.de/rdeck/fraktion/>

hier unter Veranstaltungen der Fraktion.

Hans-Jörg Lüth

Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

(SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde)